



SOZIALISTISCHE ZEITFRAGEN

**Parteidisziplin
und
sozialistische
Überzeugung**

VON

PROF. ANNA SIEMSEN

**E. LAUBSCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG
GMBH. / BERLIN W 30**

Abonniere die neue Reihe

Sozialistische Zeitfragen

Die gewaltige gesellschaftliche und wirtschaftliche Umwälzung brachte eine so vollkommene Erschütterung alles Gewordenen und Gewohnten, daß die politische Verwirrung der Begriffe ihre natürliche Erklärung findet. Um den demagogischen Nutznießern dieser allgemeinen Desorientierung, deren Ausdruck vor allem das Anwachsen von Bewegungen wie der nationalsozialistischen ist, entgegenwirken zu können, ist es notwendig, über die aktuellen politischen, wirtschaftlichen und soziologischen Probleme der Zeit jedermann zugängliche Aufklärung zu schaffen. Diesem Ziele soll in sozialistischer Sinngabe die neue Schriftenammlung unseres Verlages dienen.

Praktiker und Theoretiker der sozialistischen Bewegung des In- und Auslandes werden in einzelnen Schriften die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Fragen, die heute in der Tagespolitik und dem Verhältnis der Klassen eine so große Rolle spielen, in sachlicher Darstellung behandeln.

Bisher erschienen:

Gewerkschaft und Nationalsozialismus. Von Bernhard Düwell.

Zugleich mit der vorliegenden Schrift erscheinen:

Parteidisziplin und sozialistische Überzeugung.

Von Prof. Dr. Anna Siemsen.

Die Industrialisierung der Sowjetunion. Von G. Engelbert Graf.

Es folgen:

Einheit der Aktion und Parteidisziplin. Von Bernhard Düwell

Die faschistische Gefahr und die Arbeiterklasse. Von Otto Jensen.

Lohnabbau — Zölle — Steuern. / Wer trägt die Lasten? Von * * *

Zentrum und Sozialdemokratie. Von Dr. Wilhelm Klein.

In zwangloser Folge werden weitere Schriften vorbereitet.

Alle Schriften erscheinen in einem Umfange von 32 Seiten Graflotiv zum Preise von 40 Pfennig.

Jeder, der sich über die wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und soziologischen Zeitprobleme orientieren will abonniert die neue Reihe

Sozialistische Zeitfragen.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung sowie den Verlag,

E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G.m.b.H., Berlin W 30

Verlagskatalog gratis — Werber gesucht.

Parteidisziplin und sozialistische Überzeugung

Von

Prof. Dr. Anna Siemsen

1 . 9 . 3 . 1

E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H.

Berlin W 30

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung in fremde Sprachen,
vorbehalten

Copyright 1931 by E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G.m.b.H.,
Berlin W 30

«Energiedruck», Berlin SW 61

INHALT:

- I. Der Streitpunkt
- II. Das Recht der Überzeugungstreue
- III. Massenbewußtsein und Minorität
- IV. Diktatorische und demokratische Parteidisziplin
- V. Parteibürokratismus und Arbeiterbewegung
- VI. Grenzen der Freiheit und Bedingungen der Disziplin

I. Der Streitpunkt

Der Parteitag in Leipzig hat so geendet, wie jeder der die Lage in der Partei, die Macht der Parteileitung und die in ihr herrschenden Ansichten kannte, voraussehen mußte. Man hat dort die Politik der Parteileitung und der Reichstagsfraktion gebilligt, ihr für die Zukunft einige fromme Wünsche, politische Handlungsfreiheit und erhöhtes Disziplinarrecht mit auf den Weg gegeben. Und die Arbeiten des Parteitages haben sich im Ganzen erschöpft in organisatorischen Maßnahmen zur Beschränkung einer etwa vorhandenen Opposition.

Das ist insofern merkwürdig, als parteioffiziös das Bestehen gegensätzlicher Überzeugungen über die Parteipolitik gern geleugnet wird. Des Parteivorsitzenden Eingangserklärung, er kenne weder eine Rechte noch eine Linke, war kennzeichnend. Da ihm doch wohl kaum eine Anlehnung an Wilhelms des Zweiten törichtes Wort*) zu Last zu legen ist, kann es nur bedeuten: «So etwas wie eine Rechte und Linke gibt es bei uns nicht.» Damit würde freilich die deutsche Sozialdemokratie den Gesetzen aller politischen Organisationen, ihrer eigenen Überlieferung und der täglichen Erfahrung widersprechen. Aber es wird durch solche Erklärung etwas erreicht, was für die Politik der Parteileitung wichtig ist. Kennt man in der Sozialdemokratie keine Rechte und Linke, dann schrumpfen alle Widerstände gegen die offiziell betriebene Politik zusammen zu Quertreibungen einiger unverantwortlicher und disziplinloser Individuen, und die notwendigen Schritte, die in der Politik zu tun sind, reduzieren sich darauf, daß man sie zum Stillschweigen bringt, ihnen den Mund verbietet, sie einschüchtert und, wenn gar nichts helfen will, sie aus der Partei ausschließt.

Manche Vorgänge auf dem Parteitag lassen vermuten, daß dies in der Tat die Ansicht nicht weniger und nicht unprominenten Genossen sei.

Wer anders denkt, wer glaubt, daß tatsächliche Gegensätze der politischen Überzeugung in der Partei auf objektive gesellschaftliche und politische Tatbestände zurückgehen, deren Ausdruck sie sind, daß wir daher dauernd mit ihnen zu rechnen und sie fruchtbar zu machen haben, der sieht in derlei Maßnahmen keine wirksamen und vor allem keine hinlänglichen Mittel zur politischen Sammlung des Proletariats. Dem wird die Frage der Parteidisziplin damit zu einem sehr ersten Problem sozialistischer Politik. Und da der Parteitag sich der Pflicht sie grundsätzlich zu erörtern entzogen hat, wird es ihm notwendig scheinen, das Versäumte in seiner Diskussion nachzuholen.

Diese kleine Schrift ist ein Versuch, die die Erörterung ins Rollen zu bringen. Es geht mir um die Frage: Wie läßt sich die

*) Ich kenne nur noch Deutsche.

notwendige Geschlossenheit einer proletarischen Partei, welche Unterordnung des Einzelnen unter den Gesamtwillen verlangt, vereinigen mit der Überzeugungstreue des Einzelnen, ohne welche jede Bewegung ihr Leben und ihre Kraft verlieren würde.

Die parteiöffentliche Beweisführung in Sachen „Disziplin“ sieht ungefähr so aus: Parteidisziplin ist der unbedingte Gehorsam gegen Beschlüsse der zuständigen Instanzen. In diesen Instanzen verkörpert sich der Wille des klassenbewußten Proletariats. Dieser Wille ist Ausdruck des proletarischen Klassenbewußtseins und der sozialistischen Erkenntnis der Massen. Die Einheit dieses Willens ist Voraussetzung jeder Machtentwicklung der Arbeiterbewegung und aller erfolgreichen sozialistischen Politik. Wer gegen ihn verstößt, zerstört daher die Grundlagen der Arbeiterbewegung, hindert die politische Machtenfaltung und ist also vom Standpunkt des Sozialismus aus zu verdammen. Dem großen Ziele der Arbeiterbewegung sind alle Einzelhandlungen ebenso wie alle persönlichen Erkenntnisse und Gewissensbedenken unterzuordnen. Wer dazu nicht bereit ist, fällt entweder zurück in bürgerlichen Individualismus oder verirrt sich in anarchochristische Irrwege. Er wird partei- und damit arbeiterschädigend.

Von der Linken wird dieser Beweisführung gemeinlich entgegengehalten, daß die Zuständigkeit für die Willensbildung und Entschlußfassung nicht allein bei den Zentralinstanzen, dem Parteiausschuß oder der Reichstagsfraktion liege, sondern ebenso bei den Bezirken und Ortsvereinen, und daß bei der gegebenen Organisation der Partei die zentral gefaßten Beschlüsse nicht selten die Meinung der Masse verfälschten. Man arbeitet also auf eine größere Dezentralisation hin und auf eine Möglichkeit einer besseren und demokratischeren Meinungs- und Willensbildung. Bisweilen taucht auch — schüchtern — die Meinung auf, man müsse einer Parteiminorität Bewegungsfreiheit und Lebensmöglichkeit gewähren, aber die Vorstellung von der unanastastbaren Parteidisziplin ist so stark, daß man sogleich wieder vor der eigenen Konsequenz erschrickt. Und die Forderungen der Toleranz gegen Linksabweichungen an der offiziellen Linie pipfeln nicht selten in der Klage, daß man gegen Rechtsabweichungen nicht schärfer vorgegangen sei. Wobei also deutlich wird, daß man grundsätzlich gar keine Bewegungsfreiheit will, sondern die strikteste Disziplin gut heißen würde, vorausgesetzt, daß man sie selber ausüben dürfe.

Im ganzen wird als selbstverständlich vorausgesetzt, daß der Einzelne der Gemeinschaft zur unbedingten Unterordnung verpflichtet sei, daß jede Berufung auf das eigene Gewissen ein unzulässiger bürgerlicher Individualismus, und daß der sonst so viel gepriesene Mut der eigenen Überzeugung bei einem Parteigenossen eine verdammliche Disziplinlosigkeit und als solche strafwürdig sei.¹⁾

¹⁾ In lächerlicher krasser Weise äußert sich diese sonderbare Auffassung in der Tatsache, daß man in einem der Parteibezirke vor kurzem daran ging, einen der neun Abgeordneten deswegen zur Verantwortung zu ziehen, weil er gesagt, er würde im gege-

II. Das Recht der Überzeugungstreue

Der Auffassung, ein Parteigenosse sei verpflichtet, der Parteidisziplin die eigene Überzeugung aufzuopfern, liegt die ganz richtige Ansicht zugrunde, daß sozialistische Sittlichkeit sich von bürgerlicher Sittlichkeit grundsätzlich unterscheide, und daß für den Individualismus der letzteren in der sozialistischen Bewegung kein Raum sei. Aber leider verführt das gefühlsmäßige Mißtrauen gegen individualistische Eigenbrötelei, das nicht durch Klarstellung der Sachlage in Erkenntnis gewandelt ist, zu einer Auslegung, welche jegliche Grundlage sittlichen Verhaltens aufhebt und dem gewissenlosen Opportunisten die Palme der höchsten Moral zuerkennt.

Worin liegt der Gegensatz zwischen individualistischer und sozialistischer Ethik? Dem Individualisten ist die eigenen Persönlichkeit Ziel seines Handelns: „Die eigene Vollkommenheit wie Kant es definiert, die Rettung der Seele, wie das Christentum sagt. Diesem Ziele muß jedes andere untergeordnet werden. Das lehnt der Sozialist ab. Er sieht sich nicht isoliert, sondern als Glied der Gesellschaft und von Gemeinschaften innerhalb dieser Gesellschaft. Er weiß, daß das Streben nach vereinzelter persönlicher Vollkommenheit in einer unvollkommenen Gesellschaft sinnlos ist; daß er nur mit der Gemeinschaft und durch sie zur persönlichen Entwicklung gelangen kann, daß alle scheinbar errungenen persönlichen Vorteile — auch die sittliche Vervollkommenung — ins Gegenteil umschlagen, wenn sie auf Kosten der Gemeinschaft errungen werden. Die Antithese: hier persönliche Vollkommenheit, dort Allgemeinwohl wird also für ihn sinnlos und er kann gar nicht auf den Gedanken kommen, seine Seele zu retten, indem er etwas der Allgemeinheit Schädliches tut, weil das eben keine „Seelenrettung“ wäre. So muß sein Handeln immer auf das Allgemeinwohl gerichtete sein, wenn es den Anspruch auf Sittlichkeit erhebt.

Nehmen wir ein Beispiel. Es hat während des Krieges in England viele bürgerliche Kriegsdienstverweigerer gegeben. Ich habe selbst die Begründung gehört, die ein solcher für sein Handeln gab. Es war ein Quäker, der an „das innere Licht Gottes“ in jedem Menschen glaube, und es daher ablehnte, dieses Licht in irgend jemandem zum Verlöschen zu bringen, indem er ihn tötete. Das ist eine typische individualistische Begründung. Die Frage nach der allgemeinen Bedeutung des Krieges für sein Volk und die Menschheit trat gar nicht in sein Bewußtsein gegenüber der Frage nach seiner Bedeutung für sein Seelenheil.

Sozialistische Kriegsgegner kamen zu einem grundsätzlich gleichen Verhalten aus einer ganz anderen Zielsetzung. Nicht der gefühlsmäßige oder religiöse Abscheu vorm Töten, auch wo er in aller Stärke vorhanden war, bestimmte ihr Handeln, sondern eben Fälle wieder nach seiner Überzeugung handeln, also etwas, was man bei einem anständigen Menschen als selbstverständlich voraussetzen mußte. Verrat der eigenen Überzeugung wird also hier ganz novis als Parteilichkeit betrachtet.

dern ihre Überzeugung, daß das ungeheure Unheil des Krieges für die Arbeiterschaft und die Zukunft des Sozialismus zur Katastrophe werden müssen, wenn auch die Sozialisten dem Kriege zustimmten und für seine Führung mitverantwortlich wurden.

Das Bewußtsein des Zieles und die Unterordnung ihres Interesses und ihres Lebens unter diese sozialistische Zielsetzung bestimmte ihr Handeln. Und insofern war dies Handeln sozialistisch und diszipliniert, selbst wenn es den Parteibeschlüssen entgegenlief.

Es handelt sich hier nicht darum, festzustellen, ob das Handeln politisch richtig war, sondern, ob in einem solchen Falle, wenn ein Sozialist zur Überzeugung kommt, daß die von der Mehrheit seiner Partei vertretene Politik die Arbeiterschaft in eine Katastrophe führt, daß der Sozialismus selber und alle Ziele, für welche er in seiner sozialistischen Organisation kämpfte, durch diese Politik gefährdet werden, ob man in einem solchen Falle von Disziplinbruch reden kann und sein Verhalten von irgend einem Standpunkt sozialistischer Ethik verurteilen kann.

Das ist zweifellos möglich von einer grundsätzlichen Stellung aus, welche in jedem Falle der Masse und ihrer Gesamtheit oder der Majorität die richtigere Erkenntnis zuschreibt und das Abweichen von der Massenüberzeugung, die dann mit Klassenbewußtsein und proletarischer Erkenntnis schlechtweg gleichgesetzt wird, ohne weiteres als individualistische Abirrung ansieht. Eine solche Auffassung ist im Grunde die Umkehrung des römisch orthodoxen Standpunkts. Wie hier der Wille und Beschluß des unfehlbaren Papstes jede abweichende Überzeugung als Ketzerie kennzeichnet, so wird auf diesem Standpunkt der — irgendwie eruierte — Wille und Beschluß der Masse zur Unfehlbarkeit erhöht. Wie es vom römischen Standpunkt aus heißt: «Rom hat geredet, die Sache ist entschieden», so von diesem Standpunkt einer Massenunfehlbarkeit: «Die Masse hat entschieden». Und einer solchen Auffassung stellen sich dann die Liebknecht, Luxemburg, die Hasse, Disemann, Hilferding und Bernstein der Kriegszeit einfach als Disziplinbrecher dar.

Ist man nicht überzeugt, daß Majoritätsbeschlüsse jederzeit die tiefste sozialistische Erkenntnis verkörpern, so wird die Sache erheblich komplizierter. Es muss dann theoretisch zunächst die Möglichkeit zugegeben werden, daß eine Minorität — und sogar die Minorität eines Einzigen — im Gegensatz zur Mehrheit irgend einer Organisation das Richtige sieht. Und in dem Pflichtkonflikt, der dann entsteht, ist es durchaus möglich, daß die Sache des Sozialismus Opposition bis zum äußersten verlangt, daß der Gehorsam vor irgend einem Majoritätsbeschluß, also äußerlich tadellose Disziplin in Wirklichkeit Verrat am Sozialismus, d. h. den aller schwersten Disziplinbruch bedeutet, den ein Sozialist überhaupt begehen kann.

Wer das Verhalten der sozialdemokratischen Kriegsgegner von 1914 unter der Devise «Parteidisziplin» betrachtet, verengt und verflacht die Dinge, um die es hier geht und verzieht sich unwiederbringlich den Weg zu ihrem Verständnis.

Erst wenn man zugibt, daß Minoritäten das sozialistische Richtige sehen können und dann verpflichtet sind, es der Majorität gegenüber zu vertreten, kommt man dem Problem nahe.

III. Massenbewusstsein und Minorität

Die Ansicht, daß Massenwille und Majoritätsbeschlüsse für die Sozialisten ein für allemal den eigenen Entschluß überflüssig machen, daß eigene Überzeugung nur solange Geltung besprache, wie die Partei als Träger dieses Massenwillens nicht gesprochen habe, vor einem Parteibeschlusse aber abdanken müsse, diese Ansicht kann sich mit scheinbarem Recht auf marxistische Gedankengänge berufen und wird daher häufig als besonders marxistisch, sozialistisch und konsequent angesehen.

Man schließt etwa folgendermaßen: «Das gesellschaftliche und damit auch das politische Bewußtsein ist bestimmt durch das gesellschaftliche Sein des Menschen. Das durchschnittliche Klassenbewußtsein der größten Masse ist daher der reinste Ausdruck des gesellschaftlichen Zustandes und der sicherste Maßstab der Wahrheit. Wer sich von diesem Massenbewußtsein entfernt, irrt also ab von der wahren Erkenntnis, welche nur in der Masse verkörpert sein kann, wer sich dieser Erkenntnis entgegenstellt, auch aus reinster individueller Überzeugung, handelt individualistisch, klassenfeindlich und also schließlich konterrevolutionär. Der Verzicht auf eigene Überzeugung gegenüber dem Bewußtsein und dem Willen der Masse ist für den wahren Sozialisten die einzig wahre sittliche Haltung.» Das klingt höchst konsequent und sozialistisch. Es ist in Wirklichkeit ein sehr verschwommener Mystizismus, der sich in solcher Auffassung ausspricht, wenn es nicht — schlimmer — einfach das Bestreben ist, sich vor eigener Verantwortung zu drücken, oder — am schlimmsten — die eigene Demagogie oder den Mißbrauch massenpsychologischer Machtmittel hinter der Verbeugung vor dem Massenwillen zu verstecken.

Die Tatsache, daß aus dem Erleben der Massen der Antrieb zur gesellschaftlichen Kritik und zum revolutionären Willen erwächst, daß jede sozialistische Politik daher an diesem Erlebnis sich orientieren muß, aus ihm Richtung gewinnen und Kraft schöpfen muß, ist unbestrittene Grundlage unserer sozialistischen politischen Überzeugung. Sie besagt indessen nicht das mindeste darüber, daß in jedem gegebenen Augenblick Erlebnis und Bewußtsein die große Masse der Arbeiterschaft zur richtigen Erkenntnis und zum richtigen Entschluß führen. Vielmehr bezeugt alle Erfahrung, daß dieses Resultat durchweg nur langsam und nicht selten auf schmerzlichen Um- und Irrwegen erreicht wird. Und jede vernünftige Überlegung sagt, daß dem gar nicht anders sein kann. Daß der Prozeß der proletarischen Erkenntnis- und Willensbildung notwendig ein langsam fortschreitender, vielen Hemmungen und Täuschungen unterworfen sein muß.

Zunächst liegt es in der verschiedenartigen Veranlagung der Menschen begründet, daß die Bewußtseinsbildung bei ihnen ver-

schieden verläuft. Es wird immer einige geben, welche empfänglicher für die Eindrücke der Umwelt sind, stärker erleben, vielseitiger und klarer beobachten und aus Erlebnis und Beobachtung umfassendere Schlüsse zu ziehen instande sind. Das sind die geborenen Pioniere jeder Bewegung. Aber sie sind gerade deswegen zunächst unvermeidlich im Gegensatz zur Mehrheit ihrer Gruppe oder Klasse, welche nur zögernd ihren voraneilenden Erkenntnissen folgt. Das ist allgemein zugegeben für die Anfänge jeder Bewegung. Es gilt aber durchaus für ihre gesamte Dauer, da jeder stets wechselnden gesellschaftlichen Situation des Einzelnen und der Gesamtheit das Bewußtsein sich in sehr wechselndem Tempo und Umfang anpaßt. So wiederholt sich der Kampf der ersten Pioniere des Sozialismus und seiner Organisationen täglich in hundert Einzelfragen ebenso wie in denen der Gesamtheit. Immer wieder muß ein Einzelner oder eine Minderheit den Widerstand überwinden, der sich auch dann einstellt, wenn die vertrauten und überlieferten Methoden marxistischer Betrachtung auf eine neue Situationen angewandt, neue Resultate ergeben. Und nicht selten haben wir es erlebt, daß das Majoritätswußtsein erst nachkam, wenn die Zeit zur Entschlußfassung schon verstritten war.¹⁾

Zu dieser naturgegebenen Differenzierung des Bewußtseins — man könnte durchaus richtig von Pionier-, Majoritäts- und Nachzüglerbewußtsein sprechen — kommt die Differenzierung und Hemmung durch den gesellschaftlichen und örtlichen Standort. Der Proletariat erlebt gewisse Tatsachen der gesellschaftlichen Lage sehr stark und unmittelbar. Er ist für die Erfassung der Gesamtlage und der Zusammenhänge durchaus auf die Orientierung durch Dritte (Staat, Schule, Kirche, Presse, Kino und Radio, Partei- und Gewerkschaftseinrichtungen) angewiesen. Je nach Wohnsitz, Beruf und Betrieb, in dem er eingegliedert ist, aber auch nach der Überlieferung, in der er aufgewachsen, und schließlich der Erziehung, welche er durch seine Organisation erhält, wird seine Erfahrung und sein Blick und Urteil für diese Dinge klarer oder getrübt, umfassender oder enger sein. Hinreichend ist die Erziehung zu dieser Gesamtaufassung, aus der allein schließlich ein politisches Urteil reifen kann, heute noch in kaum einem Fall. Aber sie weist ungemein große Unterschiede auf. Und diese sind in einem Lande, das wirtschaftlich, politisch und überlieferungsmäßig so uneinheitlich konstruiert ist wie Deutschland, oft verhängnisvoll groß und machen eine einheitliche Auffassung fast unmöglich. So wird nicht selten der Fall eintreten, daß besonders entwickelte und daher empfindlichere Wirtschaftsgebiete Vorgänge empfinden und registrieren, die

¹⁾ Ich greife, um nicht zu politischen Kontroversen Anlaß zu geben, ein unpolitisches Beispiel solchen Zuspätkommens auf. Als unmittelbar nach dem Kriege eine kleine Minderheit von Genossen auf die unbegrenzte Propagandamöglichkeit und politische Bedeutung der Kinos hinwies, fand sie keinerlei Beachtung. Als das Majoritätswußtsein nachkam, war die Möglichkeit für eine wirksame Einflußnahme auf absehbare Zeit vorbei.

anderwärts kaum bemerkt werden, daß eine altorganisierte und sehr entwickelte Arbeiterschaft zu einer Auffassung von der politischen Lage kommt, die von der Mehrheit weniger entwickelter Gegenden einfach nicht begriffen und vielleicht lächerlich oder unsinnig gefunden wird, während sie sich später als richtig erweist. Und nicht selten ist es einfach mangelnde Tatsachenkenntnis und die Abneigung, sich belehren zu lassen über fernliegende oder unwillkommene Dinge, die Mehrheiten den Weg zum richtigen Urteil verbaute.

Zu diesen in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur begründeten Schwierigkeiten kommen alle Hemmnisse und Unvollkommenheiten der direkt für politische Urteilsbildung geschaffenen Institutionen. Als menschliche und von Menschen geleitete Einrichtungen sind diese selbstverständlich zunächst mit all der Unvollkommenheit und Einseitigkeit behaftet, die Menschen nun einmal anzuhaften pflegen. Sie geben nicht allseitige Übersichten, wie sie nötig wären, sondern beschränkte Ausschnitte je nach der Erfahrung und den Interessen der Autoren. Und diese Einseitigkeit und Beschränktheit wird umso bedenklicher und wirklich gefährdend, je stärker Zentralisation von Presse, Propaganda- und Bildungsapparat die Personenauswahl einschränkt und auf eine bestimmte Linie, die der vorherrschenden Parteipolitik, drängt. Es wird darüber nachher noch ausführlich zu handeln sein. Jetzt sei nur das vorweg bemerkt, daß, je größer die organisatorische Einheitlichkeit der propagandistischen und erzieherischen Beeinflussung, desto geringer die Chance ist für eine richtige und der Gesamtheit der politischen Erscheinungen gerecht werdenden Urteilsbildung.

Da dem so ist, da natürliche Unterschiede dauernd, gesellschaftliche und wirtschaftliche auf absehbare Zeit, und Parteiverhältnisse zur gegebenen Stunde die proletarische Urteils- und Willensbildung zu einem sehr langsamen, irrums- und ungewissen Prozeß machen, der nur durch schwere Erfahrungen und Enttäuschungen überhaupt zur Reife kommen kann, so wäre es höchst gefährliche Blindheit, einem unter so vielen Zufälligkeiten, natürlichen und künstlichen Hemmungen entstandenen Willensakt eine mystische Unfehlbarkeit zuzuschreiben. Wir können der Überzeugung sein, daß die Gesetze der Entwicklung auf die Dauer das Bewußtsein bestimmen und formen und also die richtige Erkenntnis- und Willensbildung fordern, ja schließlich zwingend machen werden, wir können keinesfalls darauf rechnen, daß diese richtige Erkenntnis auch zur richtigen Stunde vorhanden sein wird. Genau so wie 1914 der unmittelbare Ausbruch der Angst und des Hasses, die unvollkommene Kenntnis der Geschehnisse und die Verwicklung der Führer in die allgemeine Verwirrung zu dem Zusammenbruch der Internationale führte und die aus furchtbarem Erleben spät erwachende Erkenntnis die Katastrophe Europas und den Zusammenbruch Deutschlands nicht mehr hindern konnte, genau so sind gleiche oder ähnliche «zu spät» der Massenerkenntnis nicht nur möglich, sondern unter den gegebenen Umständen durchaus zu befürchten.

Wir müssen also auf die Mystik der proletarischen Unfehlbarkeit durchaus und radikal verzichten und uns mit einer weit bescheideneren Feststellung begnügen, mit der nämlich, daß jede Organisation eine einheitliche Willensbildung notwendig macht, daß also auch die Organisation der Arbeiterschaft nicht darauf verzichten kann, und daß unter Umständen sogar eine falsche Willenserklärung besser ist als gar keine. Die Unterordnung unter einen solchen vom Einzelnen als falsch empfundenen Beschluß, also die Parteidisziplin im strengsten Sinne wird dadurch in manchen Einzelfall zur Politik des geringeren Übels. Der falsche Entschluß und das dadurch bedingte falsche Handeln erscheint weniger verhängnisvoll als ein uneinheitliches Handeln und Kraftzersplitterung der Arbeiterschaft. Diese Unterordnung ist also berechtigt und notwendig, aber nur, solange man überzeugt ist, daß es sich wirklich um ein geringeres Übel handelt. Ist der als falsch empfundene Beschluß so folgenscher, von solch grundsätzlicher Bedeutung, daß das gesamte Ziel der sozialistischen Bewegung in Frage gestellt wird, so ist diesem größten aller politischen Übel gegenüber sogar die Zersplitterung der Organisation, die doch nur Mittel zum Zweck ist, das geringere Übel. Das Nichtfolgeleisten wird dann zur sozialistischen Pflicht und äußere Disziplin zum Verrat an der Sache. Das war der Fall der parteigenössischen Kriegsgegner 1914 und 1917. Es gibt aber viele Fälle, die zwischen diesen Grenzfällen liegen, bei denen es nicht um Parteispaltung geht, sondern um die Frage, wie weit es einer Organisation zuträglich und ihrer Politik nützlich sei, ihren Gliedern Meinungs- und Handlungsfreiheit auf Grund der persönlichen Überzeugung zu gewähren, selbst wenn dadurch die Einheitlichkeit des Handelns geschwächt wird.

Lassen wir den Glauben an die Unfehlbarkeit von Majoritätsbeschlüssen fallen — wie wir es müssen —, so wird diese Frage zu einer Frage der Zweckmäßigkeit. Ihre Beantwortung aber ist von der größten, entscheidenden Bedeutung für das Schicksal der Arbeiterorganisationen.

IV. Diktatorische und demokratische Parteidisziplin

Die beiden Extreme möglicher Parteidisziplin sind auf der einen Seite die völlige Diktatur der Partei über den Einzelnen, dem überhaupt kein Recht auf eine Überzeugung außerhalb der Generallinie zuerkannt wird, auf der anderen die völlige Handlungsfreiheit des Einzelnen, bei welcher kein Parteibeschluß hindernde Gültigkeit hat, sondern nur Sammelausdruck der einzelnen Überzeugungen ist. Diese letzte Form findet sich wohl nur in anarchistischen Gruppen, die eben dadurch kaum den Charakter von Organisationen und jedenfalls nicht die Fähigkeit haben zu wirksamer politischer Willens- und Machtbildung. Die erste diktatorische Form ist in der kommunistischen Partei Rußlands immer reiner herausgebildet worden. Restlos ist auch hier die Idee nicht zu verwirklichen. Dazwischen liegt eine unendliche Reihe verwirklichter und möglicher Zwischenformen.

Die diktatorische Disziplin hat zweifellos den Vorzug, die höchste Machtkonzentration einer Partei zu sichern und ihre Schlagkraft aufs äußerste zu steigern. Sie hat den Nachteil, daß sie mit Notwendigkeit zu einer autokratischen Oligarchie innerhalb der Partei führt, so daß diese überhaupt aufhört, Organisation eines Massenbewußtseins und Massenwollens zu sein und zum Werkzeug einiger weniger — unter Umständen eines einzigen — Führers wird.

Voraussetzung nämlich für die wirkliche Vereinheitlichung des Willens ist, daß der Parteibeschluß der großen Mehrzahl der Genossen als unausweichlich richtig erscheint, daß an der Unfehlbarkeit der beschließenden Instanz, mag diese nun Parteiversammlung, Ausschuß oder ein Präsidium sein, nicht gezwweifelt wird. Dieser Glaube läßt sich aber nur erzielen, wenn die abweichenden Ansichten ebenso wie die Tatsachen, welche die Abweichung stützen, der Masse der Genossen vorenthalten werden — zum mindesten nach einem Beschlusse. Da nun Beschlüsse niemals für sich vereinzelt stehen, sondern Ausdruck einer bestimmten Gesamtpolitik sind, und da ein Beschluß immer einen anderen bedingt und unvermeidlich macht, so wird diese unvermeidliche Zensur über Tatsachen und Überzeugungen notwendig auch zur Vorbereitung der Beschlussfassung ausgeübt werden müssen und schließlich zu einer Zensurierung aller Nachrichten und Mitteilungen führen, so daß nur die herrschende und offiziell geführte Richtung überhaupt zu Worte kommt. Da diese «Richtung» in der Tat stets identisch sein muß mit einer Gruppe von Menschen, welche die Partei leiten und den Parteiapparat in der Hand haben, muß aber diese Zensur gleichzeitig als Propagandamittel wirken für die Überzeugungen, Handlungen und Persönlichkeiten dieser «Führer» und muß ebenso notwendig alle ihnen nicht genehmen Genossen diskreditieren oder — ein noch tölicheres Mittel — sekretieren, d. h. totschiweigen oder moralisch totschiagen. Diese Disziplin, die äußerlich als Majoritätsherrschaft aufgezo-gen ist, in ihren Anfängen auch wenigstens kurze Zeit eine wirkliche Majorität hinter sich haben muß, wird also mit Notwendigkeit, indem sie die Massen immer vollständiger von der Möglichkeit echter Urteilsbildung ausschließt, zu einer absoluten Oligarchie oder zur Monarchie der oder des Parteileiters.

Damit wird das erreicht, daß die Partei die allerhöchste Schlagkraft erreicht, und daß es gleichzeitig möglich ist, in schwierigen Situationen das Steuer sehr schnell herumzuwerfen und den politischen Kurs radikal zu ändern. Wir haben das zur Genüge bei den beiden mit diktatorischer Disziplin arbeitenden Parteien, der russischen Kommunistischen Partei und der faschistischen Partei Italiens beobachten können.

Diese Vorzüge werden erkauf't mit dem Nachteil, daß eine Kontrolle und Korrektur der diktatorischen Politik durch die Masse der Genossen infolge der Arbeit des Parteiapparates mehr und mehr illusorisch wird, auch wo sie offiziell zulässig ist, da die Grundlage einer solchen Kritik, die Möglichkeit der Urteils-

bildung, fehlt. Dadurch muß sich diese Politik auch gegen den Willen ihrer Träger mehr und mehr von den Massen entfernen. Diese werden Objekt von Regierungsmaßnahmen auf Grund von oben angestellter, mehr oder weniger guter Beobachtungen, und es kommt ausschließlich auf die persönliche Begabung der Parteimonarchie an, wie weit und wie lange ein solches System überhaupt funktioniert. Endlich aber entwickelt es dadurch die Massen von politischem Denken und Handeln, schafft die Gewohnheit der blinden Unterwerfung und bereitet dadurch, selbst wenn es selber noch sozialistische Ziele verfolgt, eine gänzliche Reaktion vor.

Vor allem aber ist eine solche diktatorische Parteidisziplin von vornherein nur dort wirksam und überhaupt möglich, wo die Partei bereits den Staat erobert hat, Partei und Staat identisch geworden sind. Im anderen Falle ist die Wirkung solcher Parteidisziplin mit Notwendigkeit die Spaltung.

Der Massendruck auf die allein richtige Generallinie kann ja nur dann wirkungsvoll und lückenlos durchgeführt werden, wenn es möglich ist, den Abweichungen jeden Weg zu den Massen zu verbauen, jeden Ausdruck der Kritik zu unterdrücken und die gesamte Öffentlichkeit: Schule, Presse, Kunst, Literatur zum Echo der offiziellen Parteidoktrin zu machen. Das aber ist nur dann möglich, wenn die Parteileitung zugleich alle Mittel des Staates in Händen hat und sie diktatorisch und terroristisch anwendet. Ist dieser Fall gegeben, dann und dann allein ist es möglich, die Arbeiterschaft einheitlich unter einer solchen Führung zu organisieren. Was sich nicht einordnet, wird in dieser Situation politisch ausgeschaltet und kommt als ohnmächtige und in jeder Richtung geknebelte Einzelpersonen für politische Urteils- und Willensbildung nicht in Frage. Man erhält, solange das System funktioniert, also in der Tat einen Parteikörper von einzigartiger Geschlossenheit und Schlagkraft um den Preis einer Vergewaltigung, welche jede Differenzierung auslöscht in einer ungeschlossenen Masse gut gedillter Parteiatrappen.

Wo in einem Staate mit demokratischer Struktur, mit irgendwelcher auch beschränkter Preß-, Rede- oder Versammlungsfreiheit, oder in einem Staate, dessen Apparat nicht in Händen einer Parteileitung ist, dasselbe Experiment unternommen wird, in jedem Falle also, wo diktatorisch regierter Staat und diktatorisch geführte Partei nicht zusammenfallen, muß ein solches Experiment versagen. Es wird dann, und wir haben das Beispiel sowohl bei deutschen Kommunisten wie Faschisten — ohne weiteres möglich sein, die renitenten Parteigenossen innerhalb der Partei zum Schweigen zu bringen. Jede zentralistisch aufgebaute Partei besitzt die Mittel und entwickelt in wachsendem Maße auch die Neigung dazu. Aber einerseits werden die so ausgeschlossenen oder Kalfgestellten in demselben Augenblick, in welchem jede Möglichkeit schwindet, ihre Überzeugung innerhalb der Partei zur Äußerung und Wirkung zu bringen, sich außerhalb der Partei eine Wirkungssphäre suchen. Andererseits hält eine solche Taktik weiteste Kreise von vornherein der dik-

tatorisch geführten Partei fern und zwar umso mehr, je entwickelter, selbständiger und urteilsfähiger diese Kreise sind. Unter einer proletarischen Diktatur bleiben beide Gruppen notgedrungen entweder unorganisiert oder auf illegale Arbeit angewiesen, also sehr beschränkt in ihrer Wirkung. Im bürgerlichen oder demokratischen Staate drängen sie früher oder später zur Organisation, und jede diktatorisch-zentralisierte Partei schafft so aus sich selbst Absplittierungen und Gegenorganisationen, die in dem Maße an Bedeutung zunehmen müssen wie die Tendenz zur diktatorisch erzwungenen Einheitlichkeit innerhalb der Partei zunimmt.

Es ist ein völlig aussichtsloses Unternehmen, auf solcher Grundlage eine einheitliche Organisation der Arbeiterschaft auch nur anzustreben. Die Kommunisten sind daher durchaus konsequent, wenn sie eine solche auch gar nicht erstreben, sondern bewußt der Einheit der Organisation die Einheit der Arbeiterklasse opfern. Sie verkennen aber, daß diese völlige Autokratie und Unfehlbarkeit der Leitung in einer politischen Organisation genau die gleichen Folgen haben muß, die sie jederzeit in den religiösen Organisationen zeitigte. Wo dort nicht wie in der katholischen Kirche vollste Macht zu binden und zu lösen vorhanden ist, sinkt die diktatorisch rein erhaltene Organisation zur Sekte herab. Und das ist der Weg, den alle nicht russischen Parteiorganisationen der Komintern zwangsläufig gehen trotz der wirtschaftlichen und politischen Situation, welche radikalen Richtungen Treibhausbedingungen bietet und trotz der Schwächen und Fehler der sozialdemokratischen Parteien Europas.

Daß die Nationalsozialisten in Deutschland bisher trotz der gleichen Praxis größere Erfolge aufwiesen, beruht auf der politischen Rückständigkeit der Kreise, aus denen sie sich rekrutieren. Ihre Mitglieder sind daher wenig empfindlich gegen geistige Vergewaltigung und so geistig anspruchslos, daß sie kein Bedürfnis nach eigenem Urteil und Kontrolle der Führer empfinden. Was Deutschlands spezifische Rückständigkeit in politischen Dingen möglich gemacht hat: den Siegeszug des Faschismus, das wird in Italien durch die wirtschaftliche Rückständigkeit bedingt.

Sobald wir uns von diesen Parteien, welche die diktatorisch erzwungene Geschlossenheit zum Grundsatz erheben, abwenden und den sozialdemokratischen Organisationen zukehren, stehen wir auf einem anderen Boden. Hier wird nicht gekämpft, wenigstens theoretisch nicht, um das Entweder-Oder Meinungseinheit oder organisatorische Einheit, sondern es wird versucht, beides irgendwie zu vereinigen. Und dabei entwickeln sich naturgemäß die verschiedenartigsten Formen nebeneinander.

Am einfachsten liegen die Dinge dort, wo auf beschränktem Raume eine große Gleichförmigkeit der proletarischen Lebens- und Arbeitsbedingungen besteht: Belgien, Österreich, Deutschland mögen als Beispiele dienen. Auch hier sind selbstverständlich aus den eben gezeigten Gründen verschiedene Richtungen vor-

handen, sind Kämpfe und erbitterte Kämpfe innerhalb der Organisation unvermeidlich, aber die Gleichheit der Erfahrungen, die leichte Übersichtlichkeit des gesellschaftlichen Kampfplatzes, die vergleichsweise Einfachheit und Begrenztheit der politischen Probleme machen eine Verständigung möglich, ohne daß Geschlossenheit der Organisation oder Einheit der Arbeiterbewegung im wesentlichen bedroht werden.

Auf der anderen Seite stehen die großen alten Demokratien, Frankreich und England. Hier sind die Verhältnisse differenzierter, die Gegensätze also unlosbarer und die Verständigung sehr erschwert. Insbesondere in England ist gerade zur Zeit die Situation annähernd so zugespitzt wie bei uns. Aber hier ist eine politische Tradition vorhanden, welche auf Jahrhunderte alter demokratischer Praxis beruht. Die Achtung und Duldung abweichender Überzeugungen, das Recht der freiesten Meinungsäußerung, die Praxis einer Urteilsbildung auf Grund unbeschränkter Diskussionsfreiheit und die Gewohnheit den langsame und sicheren Weg der Verständigung dem gefährlichen Richtpfad des Parteidiktates vorzuziehen, hindern hier weitgehend jede Überspannung des Disziplinengedankens. Das hat zweifellos die Schlagkraft und Geschlossenheit der Partei herabgemindert und diese zu einem loseren und schwerer zu dirigierenden Gebilde gemacht, als sich mit unserer deutschen Gewohnheit zu vertragen scheint. Es hat aber in England die Einheit der Arbeiterbewegung unter schwierigsten Verhältnissen bis heute intakt gehalten. Und wenn dasselbe in Frankreich, diesem Musterlande des Individualismus, auch in Arbeiterkreisen nicht gelungen ist, so scheint die weitherzige Haltung der Parteinstanzen doch die Bewegung durch die gefährlichsten Klippen gesteuert zu haben und die zeitweise gewaltige Bedrohung durch den Kommunismus zu überwinden.

Besonders schwierig liegen die Dinge bei uns in Deutschland. Hier sind alle objektiven Verhältnisse, wirtschaftliche wie politische, so kompliziert wie kaum an einer anderen Stelle in Europa. Deutschland ist die reine Musterkarte gesellschaftlicher Entwicklungsstadien. Neben durchindustrialisierten Gebieten, welche zu den höchst entwickeltesten der Erde gehören, stehen die sich nicht erhellend von den rückständigsten agrarischen, die sich nicht erhellend von den rückständigsten Gegenden Osteuropas unterscheiden. Neben Großindustrie steht primitivste Heimarbeit, neben rückständigsten Verlagsindustrien spätkapitalistische Konzernierung, neben Großstädten und Industriebezirken modernster Prägung gibt es ländliche Einsamkeiten, in welchen schon die Kleinbahn eine Sensation bedeutet. Neben den ostelbischen Agrargebieten, in welcher der Großgrundbesitz mehr als die Hälfte des Bodens beherrscht, liegen die Bauernländer Nordwestdeutschlands, das Kleinbauertum Württemberg und Badens.

Und dieser bunten Mannigfaltigkeit entspricht die Vielheit der politischen Überlieferungen und der religiösen und kulturellen Gewohnheiten. So schwer es ist, für einen Süddeutschen das Platt der Waterkante, für einen Rheinländer die dialektischen

Schönheiten des Sächsischen und Schlesischen zu verstehen, so schwer ist es auch, aus der Vielheit, ja Gegensätzlichkeit der Erfahrungen und der aus den Erfahrungen resultierende Überzeugungen des deutschen Proletariats eine Einheit im Erkenntnis und Handeln zu gestalten.

Lebendige und innerlich erfaßte Einheit ist hier nur erreichbar durch sehr lange, tiefergehende, geduldige politische Erziehung, durch die Vermittlung aller sich kreuzenden und widersprechenden Ansichten, durch ihre Begründung und Zurückführung auf die Bedingungen der jeweiligen örtlichen Situation eines Bezirkes oder einer Gruppe, durch weitestgehende Verständigung, Vermittlung, Diskussionsmöglichkeit und Erfahrungsaustausch. Das ist ein sehr langer und ermüdender Weg, ein Weg, dessen Ende gar nicht abzusehen ist, und der ein Höchstmaß revolutionärer Geduld erfordert, d. h. die sichere Verbindung von zuversichtlichem Glauben an das Ziel mit der Bereitschaft, vor keiner Hemmung und keinem Umweg, der unvermeidlich erscheint, zu ermüden.

Der Anwendung dieser demokratischen Methoden der politischen Erziehung durch Freiheit stellt sich in Deutschland zweierlei entgegen: die Not der Stunde und die politische Gewöhnung.

Es ist hier nicht der Raum, über die vielfältigen Wurzeln des deutschen Nationalismus zu sprechen, obgleich sich dabei ergeben würde, daß die deutsche Gewöhnung an stramme Organisation, daß der «Kriegervereinsgeist» und die Liebe zum Strammstehen und auf Befehl Einschwenken sehr bedeutsam sind. Was uns angeht ist aber nur die Tatsache, daß die faschistische Bedrohung dauernd wächst, daß die bürgerlichen Parteien mit Einschluß des Zentrums keine zuverlässigen Gegner der Nationalsozialisten sind, daß also die unmittelbar durch ihn bedrohte Sozialdemokratie allein ihm gegenübersteht, und daß sie daher in dieser Situation alle ihre Kräfte sammeln und zu geschlossener Abwehr bereit halten muß. Eine Lockerung der geschlossenen Front durch Lockerung der Parteidisziplin und Fraktionsdisziplin scheint in solcher Situation vielen gleich zu rangieren mit Insubordination des Soldaten vor dem Feind, ein todeswürdiges Verbrechen. Man glaubt nur dann den Gegner einschütern und in Schranken halten zu können, wenn man nach außen hin die geschlossene Masse operiert und nach innen jede Beunruhigung der Parteigenossen dadurch verhütet, daß Diskussionen nach Möglichkeit vermieden, wo sie unvermeidlich sind bagatellisiert werden als taktisch, aber keineswegs grundsätzlicher Art oder als belanglose Seitensprünge von jugendlichen Toren, Eingängern oder Querulanten.

Dieser durch die Situation geförderten Neigung kommt das politische Milieu, die Erziehung und Gewöhnung des Deutschen entgegen. Wir leiden heute allgemein darunter, daß wir eine Demokratie ohne Demokraten sind, daß uns jeder Begriff davon fehlt, was politische Freiheit und politische Verantwortung sei, und dieser Zustand wirkt auch in die Organisation der Arbeiter-

schaft und die sozialdemokratische Partei nach. Diese entsteht ja nicht im leeren gesellschaftlichen Raum, sondern aus den konkreten Verhältnissen und besteht aus Menschen, die durch diese Verhältnisse geformt sind. In Deutschland also nach Hoffmann von Fallersleben's Wort aus Menschen, die ihr Lebelang bürokratisch verwaltet, polizeilich bewacht und militärisch geschult wurden. Solche Menschen, welche von der Wiege bis zum Grabe, in Schule, Kaserne und Betrieb, auf der Straße und in der Versammlung, vor Gericht und auf dem Turn- und Sportplatz, in Verein und Familie stets der einen Auffassung begegnet, daß der Mensch sich nur dann anständig und ordnungsmäßig benimmt, wenn er nach Befehl und Vorschrift handelt, und daß jedes Handeln aus eigener Überzeugung und Verantwortung an und für sich arüchtich und bedenklich sei, nehmen solche zu Instinkt und unbewußter Gewohnheit gewordene Ansicht auch in oppositionelle und sogar revolutionäre Organisationen mit hinein. Sie werden vielleicht theoretisch bereit sein, eine Gesellschaftsordnung zu stützen, aber praktisch sehr bedenklich, gegen einen Polizeibefehl zu verstößen.

Dieser Geist wirkt in allen Organisationen. Er macht die deutschen Revolutionäre so organisationsfähig, so leicht disziplinierbar und zu so ausgezeichnet eingeschulten, geduldischen und einheitlichen Massen. Er erleichtert jedem proletarischen Führer seine Aufgabe ebenso sehr, wie er sie den weiland Hohenzollern bis zum bitteren Ende erleichterte. Denn instinktmäßig vertraut die große Masse aller Deutschen der jeweils zuständigen Instanz, erwartet von ihr den Befehl zum Stillstehen wie zum Handeln und mißtraut allem, was wie eigene Überlegung, selbständige Verantwortung oder persönlicher Entschluß aussieht.

Wird freilich diese Haltung der unbedingten Disziplin vor der Instanz erschüttert, so folgt der gänzliche Umschlag. Der umgestülpte Untertan kann sich in Unbotmäßigkeit nicht genug tun. Er würde am liebsten alles verrungenieren, vor dem er bis dahin stramm gestanden. Aber er folgt in dieser radikalen Verneinung wiederum irgend einem Führer, dem er blind gehorcht. Die staatszertrümmernden Nationalsozialisten gehören Seite an Seite mit den «Sozialfaschisten» fressenden Kommunisten: Untertanen mit verkehrten Vorzeichen hier wie dort.

Natürlich gilt eine solche Charakteristik nur im Großen und Ganzen. Natürlich gibt es in der Sozialdemokratie wie in ganz Deutschland eine Menge Menschen, welche die Notwendigkeit selbständiger Überzeugung und Entschliebung kennen und die Kraft zur Verantwortung besitzen. Überlieferung, Gewohnheit und der Druck all unserer öffentlichen Einrichtungen aber wirkt in der anderen Richtung und formt den Durchschnitt der Menschheit.

Er fordert auch die Parteipflogeneheiten. Die Notwendigkeit von Geschlossenheit und Einheit begegnet der Neigung und instinktmäßigen Überzeugung der Genossen. Und so ist von Beginn der deutschen Partei an dieses Bestreben höchste Diszipliniertheit der Genossen zu erreichen für sie charakteristisch. Charak-

teristisch sind aber auch die Mittel, mit denen man sie erreicht. Es sind nämlich die Mittel des Polizeistaates: organisatorische Maßnahmen, Verbote und Strafen (Rügen und Ausschluß) und der Drill auf die richtige Gesinnung.

Vor dem Kriege trat diese Eigenheit der deutschen Sozialdemokratie nicht so schroff hervor, weil neben dieser äußeren Diszipliniertheit und sie überschattend die innere Geschlossenheit stand, welche geschaffen wurde durch überragende Führer und deren Autorität. Lassalles Diktatur über seine Partei wurde von ihm zwar organisatorisch verankert, war aber von vornherein nur möglich infolge seiner persönlichen Genialität, welche in der Tat niemand neben ihm aufkommen ließ. Bebels Stellung war ohne die gleiche organisatorische Grundlage dennoch unbestritten, wurde gestützt durch Marx und Engels und gab ihm nach deren Tode eine solche Überlegenheit, daß praktisch Bebels Wille und die Beschlüsse der Partei zusammenfielen, und daß weder die rechten noch die linken Abweichungen Aussicht hatten, gegen Bebel sich durchzusetzen.

Ein solcher Zustand setzt anstelle der Demokratie, d. h. der Selbstbestimmung der Massen eine Oligarchie, die Herrschaft des Führers und der ihm zunächst Stehenden. Er erhält seine innere Berechtigung durch die Macht der Führerpersönlichkeit und die Gewalt der Idee, deren Träger und Propagator sie ist. Bedenklich wird er freilich dadurch, daß sich für sehr viele die Autorität des Führers anstelle der eigenen Überzeugung setzt, daß es nicht heißt: «Diese Sache ist begründet und richtig», sondern «Bebel hat es gesagt», und daß dadurch oft eigenes Denken ausgeschaltet, Kritik abgestumpft, ein Akt der inneren Hingabe an den Führer anstelle der dauernden Hingabe an die Sache gesetzt wird. Trotzdem ist diese Disziplin, die auf persönlicher Autorität beruht, wertvoller und lebendiger als die Unterordnung unter eine Parteinstanz. Sie hat es ermöglicht, daß bis zum Kriege die Partei trotz aller auseinanderntreibenden Tendenzen nach außen geschlossen und aktionsfähig blieb.

Allerdings bereitete sich schon damals das vor, was für die spätere Zukunft charakteristisch wurde, daß nämlich die große Masse der Parteifunktionäre jederzeit mit dem Parteivorstand in den ging, und daß daher jeder Meinungskampf im Grunde ein Kampf darum war, Bebels Votum für sich zu gewinnen. Damit besaß man den Ausgangspunkt der Majorität.

Nach dem Kriege hat sich dies Bild verkehrt. Es trifft durchaus eine Schilderung zu, wie sie Paul Levi von der Reichstagsfraktion der Partei gab. Es gibt dort eine Linke und eine Rechte. Beide sind sehr klein, beide sind aktiv und haben ihre ausgesprochene Meinung. Zwischen ihnen aber ist die große, die nämlich die Meinung des Fraktionsvorstandes. Jede Diskussion von rechts oder links ist im Grunde ein Luftgefecht, gegenstand- und ziellos und wird auch solches empfunden und ungenug ertragen. Die Mitte, die Majorität, die allein entscheidende, wartet, bis sie die Meinung des Fraktionsvorstandes weiß.

Und für diese stimmt sie. Das Bild kann sich nur ändern, wenn der Fraktionsvorstand unter sich uneinig ist und nicht zur Einigung kommen kann. Dann allein gewinnt die Abstimmung der Fraktion Gewicht und politische Bedeutung.

Dies Bild gilt so ziemlich für alle Parteinstanzen und zeigt deutlich die Entwicklung.¹⁾ Wir haben in Deutschland bis zu Babels Tod eine Einheit der Partei gehabt infolge der überlegenden Autorität dieses Mannes und einiger seiner Freunde. Wir haben — das kann wohl gesagt werden, ohne irgend jemandem zu nahe zu treten — seitdem keine überragende Persönlichkeit mehr in der Partei gehabt, niemanden, dessen persönliche Autorität so weit, tief und stark gewirkt hätte. An die Stelle dieser inneren, persönlichen, lebendigen Autorität trat daher die Autorität der Instanzen, die Autorität des Apparats. Und dieser Apparat hat seitdem in steigendem Maße dahin arbeiten müssen — durch das Gewicht seiner eigenen autoritativen Tendenz gezwungen — seine Autorität zu stärken, Widerstand gegen sie zu erschweren und Parteidisziplin gleichzusetzen mit Unterwerfung unter den Willen der Instanzen. Mit anderen Worten: anstelle der theoretisch und formal festgehaltenen Parteidemokratie trat der Parteibükratismus.

V. Parteibükratismus und Arbeiterbewegung

Im Jahre 1911 erschien in Leipzig ein Buch von Robert Michels, Professor in Turin, Demokrat und Gesinnungsfreund von Max Weber: «Zur Soziologie des Parteiwesens». In Wirklichkeit beschäftigte sich Michels darin nur mit der Soziologie der sozialdemokratischen Parteien, vorwiegend mit denen Deutschlands und Italiens. Er suchte nachzuweisen, wie in diesen die Tatsache der Organisation, der Aufbau eines bükratischen Parteiapparates und die Funktionärslese, welche ein spezialisiertes, beruflich gesichertes und aus der Masse der Arbeiter herausgehobenes Parteibeamtentum herausbildet, notwendig zu einer Oligarchie dieses Parteibeamtentums über die Massen führen müsse, und wie weiterhin diese Parteiohligarchie und -bükratie in wachsendem Maße zu einer konservativen Politik zwingt, da der die Partei beherrschende Beamte um die Erhaltung von Parteiapparat und Parteivermögen besorgt. Zusammenstöße mit den herrschenden Mächten mehr und mehr fürchte und zu vermeiden suche. Diese Tendenzen, die Michels vielleicht damals allen scharf hervorhob unter Verkenennung noch vorhandener starker Gegenwirkungen, sind im Kriege und nach dem Kriege bedeutend erstarkt. Sie haben die Politik der Partei und deren Willensbildung durch die Parteinstanzen bestimmt.

Ihre Untersuchung interessiert uns hier nur soweit, als wir festzustellen suchen, wie weit der heutige Parteiaufbau es er-

¹⁾ Während des Parteitags berichtete ein Parteiblatt über einen Antrag Aufhäuser und fügte hinzu: «Er hat die Unterstützung des PV, wird aber sicher angenommen werden.» Das ist typisch.

möglicht und sicherstellt, daß die Parteipolitik Ausdruck des proletarischen Massenbewußtseins und -willens ist. Und wie weit dadurch die Partei in der Arbeiterbewegung verwurzelt ist und die Möglichkeit weiterer Wirkung auf die gesamte Arbeiterschaft besitzt. Darauf beruht die Zukunft der Bewegung, und die sozialdemokratische Partei erfüllt ihre Aufgabe als Exponent der Arbeiterklasse und Werkzeug zu ihrer Befreiung nur, soweit es ihr gelingt beides zu verknüpfen.

Voraussetzung dafür ist, daß erstens die Stimmungen, Erfahrungen, Willensäußerungen der Massen möglichst unverfälscht und vielseitig durch alle Instanzen bis zur Zentrale gelangen; daß andererseits die aus diesen Erfahrungs- und Gefühlsinhalten kristallisierten politischen Überzeugungen durch die Funktionäre an die Massen der Parteigenossen herabgetragen, mit ihnen durchgearbeitet werden und so dienen, das Erleben zum bewußten Urteil zu reifen. Gelingt das, so wandelt sich einerseits jeder Parteigenosse, der die politische Linie der Partei selbst durchdacht und durchlebt hat infolge der selbstgewonnenen Überzeugung in eine Quelle politischer Energie und vermittelt, bewußt und unbewußt, absichtlich und ohne Absicht, diese Energie auch seiner noch nicht gewonnenen und unorganisierten Umgebung. Andererseits aber würde eine solche lebendige, die politischen Fragen unbehindert und nach allen Richtungen erörternde Mitgliedschaft eine ungemein starke Wirkung auf die Parteinstanzen ausüben und es unmöglich machen, daß politische Entscheidungen getroffen werden ohne Rücksicht auf die Gefühls- und Willensströmungen in der Masse.

Gerade das aber ist's, was diese lebendig wirksame Demokratie innerhalb der Partei vielen bedenklich, unbehag und unter Umständen geradezu gefährlich erscheinen läßt.

Eine so große, fest organisierte und zentralisierte Partei wie die deutsche Sozialdemokratie schafft sich einen Apparat von Berufsfunktionären, welche aus ihren ursprünglichen Beruf herausgenommen, durch die Partei Existenz, soziale Stellung, Lebensversicherung erlangen. Die Beziehung zu den Gewerkschaften, der Einfluß, den die Partei auf öffentliche Verwaltungen und Behörden aller Art gewinnt, vergrößert die Zahl der direkten und indirekten Berufsfunktionäre. Ihrer aller Stellung und Geltung im Leben hängt ab von dem Einfluß, den sie innerhalb der Partei ausüben. Es ist lebensnotwendig für sie, daß dieser Einfluß nicht geschwächt wird. Es ist wesentlich für den bequemen und erfolgreichen Verlauf ihrer Arbeit, daß diese nicht durch Reibungen innerhalb der Partei gestört wird. Diese Haltung, die jeder Beamte auf die Dauer entwickelt, muß auch der beamtete Parteifunktionär entwickeln: Ablehnung äußerer «unbefugter» Eingriffe in sein «Ressort». Jeder Parlamentarier kennt diese Haltung von seinem Zusammenarbeiten mit der Bürokratie des Reichs, der Länder oder der Gemeinden: man verbirgt unter äußerer Höflichkeit eine peinliche Ungeduld über die unliebsame Störung der Geschäfte. Gerade der fleißige, gewissenhafte und daher von seiner überlegenen Sachkenntnis überzeugte Bürokrat

empfindet jede solche Kontrolle als unberechtigt und entwickelt eine Routine der Abwehr, die auf die Länge immer besser funktioniert und zu einem wesentlichen Bestandteil der Berufspraxis wird. Wie der öffentliche Beamte dem kontrollierenden Parlament, so steht der beamtete Parteifunktionär der Masse der Parteigenossen gegenüber. Und wie bei jenem wird bei ihm die Abwehrhaltung zur Gewohnheit, die geschickte Ableitung aller Kontrolle zur Routine. Und der Parteiapparat gibt ihm und allen Funktionären in Beamtstellung mannigfache Mittel dazu.

Dieser ganze Apparat, der Aufbau der Organisation, die Presse, die Verlags- und Bildungsinstitutionen, das Parteivermögen sind unbedingt notwendige Voraussetzungen und Mittel jeder politischen Arbeit. Sie stellen als Werkzeuge der politischen Machtgewinnung und Machtentwicklung hohe Werte für die gesamte Arbeiterbewegung dar, zugleich aber sind sie Mittel persönlicher Machterhaltung in den Händen der verantwortlichen Funktionäre und werden um ihrer selbst willen geschätzt und verteidigt. Sie beeinflussen dadurch auf tiefste die politische Haltung der mit ihrer Verwaltung betrauten Führer.

Zunächst einmal wird die politische Ausguck dadurch geändert. Ein thüringischer Heimarbeiter, der von 9 bis 12 Mk. Wochenlohn mit seiner Familie leben muß, ein Wohlfahrtserwerbsloser, der vielleicht eine noch geringere Summe erhält oder als nicht hinreichend bedürftig ganz aus der Unterstützung fällt, ein überalterter Angestellter, dem der Augenblick immer näher rückt, in dem er endgültig aus dem Erwerbsleben gestossen wird: ein wachsendes Millionenheer von Proletariern erlebt täglich in seinem persönlichen Schicksal das Wort, daß der Parteifunktionär nichts zu verlieren habe als seine Ketten. Der Parteifunktionär sieht vor sich die ausgebaute mächtige Organisation, den gewaltigen Besitz an fixem und mobilem Kapital, an dauernd fließenden Beiträgen, an Einflußmöglichkeiten und sicherer Arbeit. Sein Leben ist erfüllt davon und gesichert durch sie. Er schrickt vor jeder Störung zurück, und wo er eine Gefährdung wahrnimmt — wie angesichts der faschistischen Gefahr — wird er bereit sein, mit großen, mit allergrößten Opfern diese Gefahr abzukäufen. Er wird notwendig einem Staate und einer Gesellschaft gegenüber, die dies sein Arbeits- und Machtgebiet unbehelligt lassen, eine konservative Haltung einnehmen, selbst wenn er dadurch in Gegensatz gerät mit großen Massen der Genossen, mit größeren der unorganisierten Arbeiterschaft, deren Unorientiertheit diese Dinge nicht sehen will oder nicht so hoch einschätzt wie er, und deren Kritik und politische Unruhe den Fortgang seiner Arbeit stört.

Wie ein Polizeiminister von Berufswegen die Organisation seines Polizeikörpers als Frage aller Fragen betrachtet, so wird der Funktionär die Frage seines Arbeitsressorts — Gewerkschaft, Presse, Mitgliederbestand — sehr leicht als zentrale Frage der Politik empfinden und danach alles andere rangieren.

Und er wird in den meisten Fällen aus diesen persönlichen und sachlichen Gründen alle Machtmittel, die er zur Verfügung

hat, einsetzen, um seine Arbeit, seinen Einfluß, seine Stellung in der Bewegung zu sichern. Weil aber die gleiche gesellschaftliche Lage den ganzen beamteten Funktionärkörper in derselben Richtung beeinflusst, so tendiert er zum gleichen Verhalten, sogar dann, wenn noch nicht der Prozeß der Auslese begonnen hat, der auf dieser Stufe der Entwicklung zwangsläufig einsetzt und durch welchen Außenseiter, Oppositionelle, Kritiker, kurzweg alle «Querulanten und Unruhestifter» entweder assimiliert oder ausgeschieden und durch konforme Genossen ersetzt werden.

Diese allgemeine und unvermeidlich mit jeder Beamtungsfunktion in der Partei gegebene Neigung wird in Deutschland unterstützt durch die oben gezeichnete leichte Disziplinierbarkeit der Parteigenossen und durch die Zentralisation des Apparates.

Die Erfahrungen der Parteispaltung haben die schon vorher vorhandene Neigung, möglichst viel Macht in den Händen der Zentralinstanz, des Parteivorstandes, zu vereinen, wesentlich erhöht. Man sieht darin das sicherste Mittel gegen jede Spaltungstendenz und gegen jedes Anwachsen einer Opposition. Das Parteistatut, die Zusammensetzung der Parteitages mit dem starken Einfluß, der Parteivorstand, Parteiausschuß, Kontrollkommission und der Reichsfraktionsfraktion neben den direkten Delegierten eingeräumt wird, das Veto- und Ausschlußrecht des Parteivorstandes zielen in dieser Richtung. Noch entscheidender aber ist es, daß die finanzielle Macht, welche der Parteivorstand hat als Besitzer aller Parteientnahmen und Verwalter des Vermögens und der an die Zentrale abgeführten Beiträge, ihm einen ganz überwiegenden Einfluß sichert als Finanzier und Arbeitgeber. Die «Konzentration», das Dachunternehmen, das eine immer wachsende Anzahl von Parteiverlägen und -zeitungen umfaßt und kontrolliert, macht diesen Einfluß zu einem völlig beherrschenden.

Es ist daher für jeden Parteiangestellten, jeden Redakteur und Parteisekretär ebenso wie für alle Bildungsfunktionäre, mögen sie nun hauptamtlich fungieren oder nebenamtlich aus ihrer Tätigkeit irgend ein Einkommen beziehen, eine schwierige, oft eine völlig unmögliche Sache, gegen die offizielle von der Zentrale inaugurierte und verfolgte Politik zu opponieren. Und da jeder Funktionär von der Zentrale bewertet wird nach der Tüchtigkeit, mit der es ihm gelingt, diese Politik zu propagieren und Abweichungen, welche als Beunruhigung und Störung empfunden werden, zum Schweigen zu bringen, so wirkt der Druck von der Zentrale durch die Bezirke bis in die aller-kleinsten Ortsgruppen hinein. Bei der wirtschaftlichen Krise, bei dem erdrückenden Gefühl der Unsicherheit, das heute auf allen lastet, entsteht eine Stimmung, in der schließlich jeder Einzelne eine Abstimmung oder eine Meinungsäußerung, welche zentral nicht genehm ist, als Wagnis empfindet.

Solche Dinge sind statistisch nicht erfaßbar, sie werden offiziell niemals zugegeben, so wenig wie jemals eine Behörde des Staates oder der Gemeinde zugeben wird, daß sie Gesinnungsdruck und Gesinnungsauslese treibt. Man tut derartiges, aber

sagt es nicht. Ja man betrachtet jeden derartigen Hinweis gern als unzulässig, unkameradschaftlich und direkt als böse Nachrede und unverantwortlichen Klatsch. Diese Praxis ist aber so ausschlaggebend für die Meinungs- und Urteilsbildung und dadurch für die Politik der Partei, daß es zu Zeit kaum eine wesentliche Parteilichkeit gibt als dies: auszusprechen was ist, und was echte politische Urteils- und Willensbildung in der Partei durchaus unmöglich macht.

Ich greife zwei kleine Gespräche heraus, die sich verhandelt haben ließen und, wenn nichts anderes, so das zeigen, was der Genosse aus der Masse über seine Lage denkt, und wie er sich daher einstellt.

«Was ist eigentlich mit dem Genossen X, fragt ein »Oppositioneller« einer großen Ortsgruppe einen anderen, er stimmt in den Mitgliederversammlungen so sonderbar. Den einen Abend mit allen Anträgen der Opposition, den nächsten, wenn es um die gleiche Dinge geht, unweigerlich dagegen». «Du mußt nur aufpassen, war die Antwort, er ist ja vom Ortssekretär abhängig. Wenn es ihm glückt, sich in eine Ecke oder hinter eine Säule zu setzen, daß der ihn nicht sehen kann, dann wagt er es, gegen ihn zu stimmen. Hat er aber Pech und kriegt keinen solchen Platz, dann riskiert er das nicht».

In einem anderen Fall war bei einer Wahl in einem Distrikt ein Kandidat der »Parteilichen« einstimmig durchgefallen. Nach diesem Ergebnis sagt ein erwerbsloser Genosse tief betrübt: »Der Y (der durchgefallene Kandidat) hat mir eine Beschäftigung bei der Stadt verschafft. Wenn der das Wahlergebnis erfährt, und daß ich in der Versammlung war, dann ist es vorbei mit meiner Beschäftigung».

So mit tausend Fäden werden alle, die im Einflußbereich des Parteiapparates sich befinden, festgehalten auf der Linie, welche in diesem Apparat von der Zentrale aus gefordert wird. Man nehme hinzu, wie durch die zentrale Belieferung der Presse mit Nachrichten, Maternartikeln etc. die Meinung geformt, die unerwünschten Erkenntnisse fern gehalten, die nicht genehmten Ansichten ausgeschaltet werden. Es gibt genügend Redakteure, welche offen erklären, ihre ausschließliche Aufgabe sei, die Politik des Parteivorstandes zu propagieren, weit mehr, die stillschweigend diese Aufgabe erfüllen. Man bedenke, welche ungeheuren Möglichkeiten Referentenvermittlung, Versammlungsleitung, Handhabung der Geschäftsordnung jedem halbwegs geschickten und sogar dem ungeschickten Funktionär geben. Und man kann, wenn man diese Sachlage überblickt, leicht zu dem Auffassung kommen, in einem so aufgebauten Apparat sei es unmöglich, daß eine andere als die parteioffizielle Meinung sich bilden, oppositionelle Beschlüsse überhaupt gefaßt werden können.

Wer so denkt, vergift, wie stark der Einfluß der gesellschaftlichen Erfahrung gegen diesen Druck dann wirkt, wenn Parteilichkeit und politische Entwicklung im Gegensatz stehen. Der Parteiapparat ist stark genug, Unruhe unter der Mitgliedschaft zu unterdrücken, oppositionelle Beschlüsse abzuwürgen, die Ge-

nossen hinter der Leitung zu sammeln, bis zu einem gewissen Grade sogar den Bestand der Partei zu sichern. Er kann nicht verhindern, daß außerhalb der Partei Enttäuschung und Verbitterung um sich greifen und alle Wirkung der Partei auf die Massen lähmen. Der Parteigenosse, der treue, überzeugte, eifrige, bleibt in der Partei, er wählt wie vorgeschrieben, er bringt vielleicht sogar noch den »zweiten Mann« in die Organisation. Er kann nicht hindern, daß andere neben ihm erlahmen, und daß seine nicht organisierte Umgebung skeptisch, kopfschüttelnd, enttäuscht ihrer Wege geht.

Vom Kieler Parteitag bis zum Frühjahr 1950 hat die Partei die Notwendigkeit, die Ansichten, die Erfolge der großen Koalition gepredigt und gepriesen. Sie hat die Majorität der Genossen hinter ihrer Politik gesammelt. Aber Wirtschaftskrise, Steuerdruck, Zollpolitik redeten eine andere Sprache und der 14. September gab die Antwort der Masse auf diese Propaganda der Tatsachen. Seit dem 14. September propagiert die Partei die Politik des geringeren Übels, die Unterstützung der sogenannten bürgerlichen Mitte, das Hinauszögern, Abwarten, Ertragen. Aber wachsende Arbeitslosigkeit, Abbau der Versicherungen, Notverordnungen wirken als eine Propaganda ganz anderer Art. Und die Wahlen in Bückeburg und Oldenburg zeigen erneut, wie wirksam diese Propaganda der Tatsache ist.

Daß sie als Überraschung wirken konnten für alle, welche bereits meinten, die faschistische Gefahr sei im Abeben, die Sozialdemokratie habe sich konsolidiert und sei im Aufstieg, das ist ein Zeichen dafür, wie gering bereits der Kontakt zwischen Masse und offiziellem Parteiapparat ist, wie wenig dieser funktioniert, wenn es sich darum handelt, Massenstimmung zu registrieren, Massenbewußtsein zum Ausdruck zu bringen, in wie geringem Maße er also als Maschinerie zu demokratischer Urteils- und Willensbildung wirkt. Die sozialdemokratische Parteilichkeit ist in einer ähnlichen Lage wie der deutsche Generalstab gegen Kriegsende. Auch im deutschen Heer funktionierte ein vollkommen ausgebauter Apparat dahin, einerseits durch tausend Köhnen den Willen der Zentrale bis in den letzten Schützengraben zu leiten, andererseits jede gegenteilige Willensregung schon in der untersten Instanz zum Schweigen zu bringen. Die Kanäle demokratischer Information waren verstopft, die Ventile demokratischer Willensäußerung verschlossen. Als die glänzende Maschinerie dennoch in die Luft flog, wußten die zentralen Stellen keine andere Erklärung dafür, als daß die Hetze und Mißfacher die Schuld trügen.

Heeresleitung sind nicht marxistisch gebildet. Man kann von ihnen nicht erwarten, daß sie die Wirksamkeit gesellschaftlicher Tatsachen in Rechnung stellen. Anders sollte es bei Sozialisten sein. Aber die Atmosphäre bürokratischer Verwaltung schafft ihre besondere Wirklichkeit, die leider oft mit der Wirklichkeit außerhalb der Büros und Versammlungen in schroffen Gegensatz steht. Es ist gut, daß der Oldenburger Wahlkreis zu den loyalsten Bezirken gehört, in welchen die Opposition auch nicht den

kleinsten Einfluß besitzt. Hetzer und Mißmacher haben hier die Propagandamöglichkeit der Partei in keiner Weise durchkreuzt. Wenn sie trotzdem dort in einem halben Jahre fast 20% ihrer Stimmen verlor, so ist diese Sprache der Tatsachen eindeutig.

Eindeutig sollte auch die Folgerung daraus sein. Die Sozialdemokratie hat trotz höchster propagandistischer Aktivität in hohem Maße den Einfluß auf die Massen, die Führung mit ihnen verloren. Sie kann sie nur wiedergewinnen, wenn sie Sorge dafür trägt, daß Massenstimmung, Massenforderungen, Massenunruhe in der Partei selber wieder zu ungehemmtem, reinem Ausdruck kommen.

Heute ist die ganze Partei unter einem Druck, der jeden Augenblick mit Explosion droht, weil die Mittel der reinen Urteils- und Willensbildung, der echten Prüfung der Meinungen organisatorischen Maßnahmen, nach weiterer Beschränkung der Meinungs- und Handlungsfreiheit, nach Verbot der eigenen Überzeugung rufen, heißt so handeln wie ein Kapitän, der am überhitzten Kessel die Heizung erhöht und gleichzeitig die letzten Ventile schließt.

VI. Grenzen der Freiheit und Bedingungen der Disziplin

In dieser Situation ist es sehr schwer festzustellen, wo für den überzeugten Sozialisten und treuen Parteigenossen die Grenzen der Disziplin gegeben sind, wo gerade die Sorge um die sozialistische Entwicklung und um den Bestand der Partei als Mittel dieser Entwicklung und um ihn oppositionelles Handeln verlangt. Die einfache Heiligsprechung der Disziplin, wie der Genosse Sollmann sie vornahm auf dem Parteitag, führt keinen Schritt weiter. Sie verschärft nur die Schwierigkeit.

Eine Grenze der freien Entscheidung ist vorn herein für jeden Parteigenossen gegeben im Parteiprogramm. Dieses stellt das Gesetz dar, auf dessen Inehaltung sich jeder verpflichtet, welcher der Partei beiträgt. Es ist gewiß nicht unangreifbare, ewig dauernde Weisheit. Jedes unserer Parteiprogramme ist aus einer bestimmten geschichtlichen Lage entstanden als Kompromiss, auf den sich die Parteimehrheit einigte. Jedes ist daher durch die Entwicklung überholt worden und mußte nach einer längeren oder kürzeren Zeit durch ein neues ersetzt werden. Jedes ist das setzt das gilt für das Heidelberger Programm wie für seine Vorgänger. Kritische Untersuchung des Programms gehört also ebenso zur selbstverständlichen Pflicht jedes Parteigenossen wie kritische Untersuchung von Verfassung und Gesetz Pflicht jedes Staatsbürger ist. Solange das Programm aber in Kraft ist, so lange keine Majorität seine Änderung beschlossen hat, ist es als bindendes Recht und Richtschnur des Handelns für jeden Parteigenossen und als Ausdruck des Parteiwillens zu betrachten.

Wer sich weigert, sein Handeln danach zu regeln, schließt sich damit selbst von der Partei aus.

Wie aber, wenn die Parteinstanzen selber ihrerseits ein Handeln beschließen, das dem Programm zuwiderläuft? Das ist in den letzten Jahren mehrfach der Fall gewesen. Man hat, so lange die Sozialdemokratie im Reiche in der Regierung war steuerpolitischen und budgetäre Beschlüsse gefaßt, welche den Richtlinien des Heidelberger Aktionsprogrammes, also gerade den für die Tagespolitik bestimmenden Vorschriften, schnurstracks zuwiderliefen. Die Tolerierungspolitik gegen Brüning bedeutete einen einzigen fortgesetzten Bruch aller Programmgrundsätze, das heißt zum mindesten einen fortgesetzten Gewissenskonflikt für jeden, der es mit seiner Verpflichtung auf das Programm ernst nimmt. Damit ist noch keineswegs gesagt, daß aus einem solchen Konflikt ohne weiteres das Recht resultiert, gegen den Beschluß der Parteinstanzen unter Berufung auf das Programm seiner eigenen Wege zu gehen. Es bedeutet zunächst nur, daß in einer solchen Lage mit besonderer Sorgfalt den Bedenken der Genossen Rechnung getragen werden muß, daß der Diskussion breiterer und freier Raum gegeben werden muß, und daß, wo es irgend möglich ist, der Wille der Masse der Parteigenossen festgestellt werden muß, daß den Bedenken der programmtreuen Genossen Rechnung zu tragen ist, daß diese Situation also weniger als jede andere geeignet ist auf Instanzenentscheidung hin den Disziplingedanken zu überspannen. Das Programm hat immerhin eine größere Bedeutung als ein Beschluß des Parteivorstandes oder einer Parteifraktion. Wer das leugnet, handelt wie ein Republikaner, der bereit wäre auf Grund eines Regierungserlasses oder eines Parlamentsvotums sich über die Verfassung hinweg zu setzen.

Nun hat sich aber in der Partei dem Parteiprogramm gegenüber und zwar einschließlich des auf den gegenwärtigen Tagesgebrauch zugeschnittenen Aktionsprogramms ein Praxis herausgebildet, die sich ungefähr dem Verfahren vergleichen läßt, das die Kirchen dem Evangelium gegenüber belichen. Man verwendet es für festliche Andacht und zu feierlichen Ansprachen und trägt im übrigen Sorge, daß es durch Anwendung im politischen Leben nicht abgenutzt wird. Wer sich für sein politisches Handeln auf das Parteiprogramm beruft, steht zum mindesten im Genuß dogmatischer Starrheit und mangelnden politischen Scharfsinns, wenn diese Programmtreue nicht geradezu als Ketzerei und Unbotmäßigkeit gebrandmarkt wird (alles nach berühmten kirchlichen Vorbildern). Wir sind anscheinend garnicht weit entfernt von dem Augenblick, wo das Handeln nach dem Programm als Disziplinbruch und parteischädigendes Verhalten gahndet werden wird. Und auch da würden die kirchlichen Ketzerverbrennungen, welche alle bestrafen, die das Evangelium zur Richtschnur ihres Handelns machten, die geschichtliche Parallele bieten.

Das ist eine gefährliche Situation. Es ist natürlich ohne weiteres die theoretische Möglichkeit zuzugeben, daß ein Pro-

gramm politisch nicht mehr funktioniert, genau wie eine Verfassung sich als nicht mehr wirksam herausstellen kann. In beiden Fällen besteht dann Möglichkeit und Notwendigkeit der Revision. Wer eine Verfassung statt sie zu revidieren, still schweigend außer Funktion setzt (wie wir zur Zeit in Deutschland) der untergräbt das Gefühl für Gesetzmäßigkeit und damit die Grundlage jeder gesellschaftlichen Ordnung. Wer stillschweigend und dauernd das Parteiprogramm als politisch unbrauchbar behandelt, der untergräbt den inneren Zusammenhalt der Partei und damit die Grundlage jeder politischen Bewegung und die Wurzeln ihrer Kraft.

An ihre Stelle tritt dann der Apparat, und die Sorge um sein Funktionieren setzt einen äußerlichen Disziplinbegriff an die Stelle der Disziplin aus innerer Gebundenheit an die Ziele der Partei. Der Leipziger Parteitag, der als Vertreter des Massenwillens jeder grundsätzlichen und auch jeder tatsächlichen politischen Entscheidung aus dem Wege ging und, abgesehen von der Formulierung einiger frommer Wünsche, sich begnügte, den Parteinstanzen politische Carte Blanche und erweiterte Disziplinarrechte zu geben, zeigt, wie weit bei uns dieser Prozeß bereits vorgeschritten ist, welcher die innere Disziplin aus Überzeugung beseitigt und an ihre Stelle den Gehorsam auf Instanzenbefehl setzt.

Auch dieser Gehorsam kann unter Umständen notwendig sein. Eine kämpfende Partei — und die sozialdemokratische Partei wird innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft immer in einer Kampfsituation sein — braucht diesen Gehorsam gegenüber dem Parteibefehl in weit höherem Maße als bürgerliche Parteien. Sie braucht ihn vor allem in einer verschärften Kampflage, wie die, in der wir uns augenblicklich und wahrscheinlich auf lange hinaus befinden. Die bürgerliche Parteien kämpfen als verschieden gerichtete Interessengruppen auf dem Boden der gleichmäßig von ihnen bejahten kapitalistischen Ordnung. Ihr politischer Kampf untereinander ist also niemals ein Existenzkampf. Der Kampf des Proletariats aber trägt immer diesen Charakter, sogar in Zeiten der Koalitionen und der Arbeitsgemeinschaften. In diesen verhüllen freilich konziliantere Formen die Unversöhnlichkeit der Gegensätze, aber unter ihrem Schutze wird er wenigstens von den ausgesprochen Bourgeoisparteien ebenso rücksichtslos weitergeführt. Seit Jahren, auch zur Zeit des Kabinetts Müller war das politische Hauptziel aller Parteien, die rechts vom Zentrum standen, die Diskreditierung und Schwächung der Sozialdemokratie, und diesem Ziele wurden vernünftiger Zwecke bedenkenlos geopfert. Heute sind auch die konzilianten und für manchen Genossen täuschenden Formen der Koalitionspolitik gefallen, und der nahe Morgen wird uns noch ganz andere und brutablere Formen des Kampfes zeigen, als wir bisher gewohnt waren.

Äußerer Druck kann nur abgewehrt werden durch vermehrte Geschlossenheit. Darüber besteht keine Meinungsverschieden-

heit. Meinungsverschiedenheit gibt es nur über den Weg, auf dem sie zu erreichen sei.

Der Parteitag hat sich entschlossen zur Erweiterung der Instanzenkompetenz, zur Stärkung des Apparates, und die Konsequenz, die vom Apparat gezogen wird, ist dementsprechend: Schluß mit jeder Opposition und einheitliches Einschwenken auf die Parteilinie. Man verkläuselt das freilich, indem man einen Unterschied macht zwischen «Opposition schlechtweg» und «organisierter Opposition», und indem man der Opposition «in der Partei ihrer Auffassung Geltung zu verschaffen».¹⁾ Der beruhigende Hintergedanke dabei ist zweifellos, daß der Apparat, die Bürokratie und die vom Parteivorstand kontrollierte Presse durchaus stark genug sei, um den einzelnen oppositionellen Parteigenossen das «Geltenmachen seiner Auffassung» so zu erschweren, daß er schließlich, müde geworden, in die alleinseligmachende Parteilinie einschwenkt, oder resigniert sich auf unpolitische Arbeit in Kulturorganisationen und ähnlichen «undisziplinierten», weil als minder wichtig betrachteten Organisationen beschränkt.

Aus diesem Grunde wird auch jedes gemeinsame Arbeiten und Handeln, sofern es nicht parteioffiziell ist als Versuch einer «Organisation der Opposition» denunziert und auf diese Weise bei schlichteren Gemütern ein ebenso unversandtes wie unmotiviertes schlechtes Gewissen gezüchtet, das in einem ganz sonderbarem Gegensatz steht zu dem Mute zur proletarischen Überzeugung, der gerade in der heutigen gefährdenden Situation erstes Erfordernis für einen guten Sozialisten ist.

Das aber ist's, was die einem einfachen Bewußtsein einfache Frage der Parteidisziplin heute so verwickelt und zum Anlaß der schwersten Gewissenskonflikte wie der größten politischen Bedenken macht. Die Sozialdemokratie hat in einer Zeit gehäufter Schwierigkeiten und wachsender Gefahren es verstanden ihre Organisation intakt und in einer nach außen hin sehr imponierenden Geschlossenheit zu erhalten. Tradition und Neigung der großen Masse der deutschen Proletarier kam ihr dabei zur Hilfe. Sie hat das erreicht durch ein weitgehendes Beschränken theoretischer Diskussionen auf exclusive Gelehrtenzirkel, deren Sprache bereits der Masse der Genossen unverständlich ist, durch die restlose Ausnutzung des Apparates zur Propagierung der Parteilinie und durch einen Kampf gegen mißliebige Ansichten, der wenigstens in den unteren Instanzen und auf dem Gebiete der «Mund-zu-Mund-Propaganda» sachliche Auseinandersetzung nicht selten ersetzt durch persönlich Verunglimpfung (Das ist eines der allerunerfreulichsten Kapitel der jüngsten Entwicklung).²⁾

Die Folge ist, daß sehr häufig Kräfte, die zum Kampfe gegen die wachsende Reaktion nach außen eingesetzt werden sollten, verbraucht werden nach innen gegen eine fingierte Gefahr, die in nichts anderen besteht als in der Tatsache, daß nicht alle Ge-

¹⁾ Stampfer in «Vorwärts».

²⁾ Beispiele dafür hat der Leipziger Parteitag in Menge.

nossen in der Partei in einem Vorstands- oder Fraktionsbeschuß oder in der politischen Linie des Genossen Heilmann die richtige Anwendung marxistischer Erkenntnis wahrzunehmen glauben. Dies Bemühen verschärft sich in dem Maße, wie die Erfolge der bisherigen politischen Linie gefährdet und hinweggespielt werden durch die katastrophalen Wirkungen der bourgeois bestimmten Weltpolitik, und wie die Krise des Kapitalismus (Es ist heuer ja wohl wieder erlaubt von sowas zu reden) zur Krise für den einzelnen Proletariat und die Millionenmassen des Proletariats wird.

Die Aussichten in die Zukunft sind ernst genug. Nur wer die alten Klassenkampftheorien nicht in der Teilung eines unbeschränkten wirtschaftlichen und politischen Optimismus verstaute, und daher nicht überrascht ist, von dem, was wir erleben, kann mit Ruhe dem Kommenden entgegensehen. Der Überraschte wird notwendig von der unerwarteten Gefahr angeßt, und Angst macht zornig und läßt nach Sündenböcken suchen. Nicht selten haben die Berichte über den Leipziger Parteitag den Eindruck erweckt, als ob man sein Unbehagen abregiere statt nüchtern zu diskutieren, was ist.

Das ist eine gefährliche Stimmung. Sie wird umso gefährlicher, weil in der Tat heute mehr als je alle Mittel in Händen der Parteileitung sind, unliebsame Meinungen zu sekretieren, unliebsame Willensäußerungen zu unterdrücken. Das aber muß mit Notwendigkeit die Schwierigkeit schaffen, die man vermeiden will.

Ein Parteigenosse, der sicher ist, daß seine Meinung gehört wird, daß sie nach ihrem sachlichen Gewicht beurteilt und diskutiert wird, der sicher ist, er werde sie in jeder Instanz vertreten, in der breitesten Parteipublizität erörtern können und so erproben, ob sie Ausdruck sei für Massenerlebnis und Massenbewußtsein, der also auch die Möglichkeit hat sie zum Massenbewußtsein zu erheben — nach dem Maße ihrer gesellschaftlichen Gültigkeit: der wird nie in die Versuchung geraten Disziplinbruch zu üben. Er wird bestimmt die Geduld aufrufen, die aus dem guten Bewußtsein erfüllter proletarischer Pflicht sich ergibt: ich habe gesagt, was zu sagen ist. Ich bin gehört worden. Und wenn nicht heute, so wird morgen mir das Bewußtsein und der Wille der Genossen antworten.

Diejenigen persönlich Ehrgeizigen, die nur das Ihre suchen und sich durch Demagogie und Sensationsmacherei lancieren, werden in einer demokratisch funktionierenden Partei auf die Dauer ebenso sicher ausgeschieden, wie sie in einer diktatorisch regierten alle Aussicht haben, sich dauernd zu erhalten.

Diese Selbsthilfe wirklich demokratisch lebendiger Organisationen löst also das Problem der Disziplin durch ihr eigenes Funktionieren. Sie schaltet die aus Egoismus und persönlichem Ehrgeiz Undisziplinierten aus, sobald sie sich selber hinreichend kompromittiert haben. Sie gibt den sachlichen und aus Überzeugung Opponierenden die Möglichkeit der Wirkung und bringt

sie nicht in unlösliche Gewissenskonflikte zwischen Überzeugung und Parteigehorsam.

Es ist ein Zeichen für funktionelle Entartung der Organisation, ein sehr ernstes Gefahrenzeichen, wenn eine proletarische Partei zu den Mitteln greifen muß, Gewissensbedenken und Überzeugung unter Disziplin zu stellen. Wo das eintritt wird es erste Parteilichkeit auf die entstehende Gefahr hinzuweisen.

Eine Überzeugung, mit der es einem Ernst ist, sucht unter allen Umständen sich auszuwirken, auch gegen Widerstände, auch unter Opfern und Gefahren. Wenn diese Überzeugung auf Massenerleben beruht, aus Massenbewußtsein erwächst, dann ist es ein vollkommen hoffnungsloses Unterfangen sie durch disziplinäre Maßnahmen, durch Einschüchterung und persönlichen Unglimpf zum Schweigen zu bringen. Zweifellos kann das gelingen bei Einzelnen, auch bei vielen Einzelnen. Dem Massenerlebnis gegenüber versagt jedes solche Mittel ebenso sicher wie der Polizeiknüppel und das Maschinengewehr der staatlichen Gewalt. Diese rufen hervor was sie verhindern sollen, die gewaltsame Erhebung. Jene Parteilichkeit rufen erst eine Gefahr hervor, die sie angeblich verhindern sollen: die Spaltung.

Der Genosse Breitscheid hat in einer merkwürdigen Stelle seines Schlußwortes Pater Peccavi¹⁾ gesagt dafür, daß er die Unabhängige Sozialdemokratie während des Krieges mitbegründet. Die Unabhängigen hätten in allem Recht gehabt, Unrecht nur darin, daß sie existierten.

Mir scheint diesem Sündenbekenntnis des Genossen Breitscheid dieselbe Auffassung zugrunde zu liegen wie dem Disziplinärbegriff des Parteivorstandes, die seltsam individualistische und unmarxistische Auffassung, daß Gegensätze innerhalb der Arbeiterbewegung zurückzuführen seien auf die Undiszipliniertheit einzelner Personen, und daß man sie daher beseitigen müsse und könne mit denselben Erziehungsmitteln, die ein besorgter Vater einem bockbeinigen Sprößling gegenüber anwendet. Man variiert nur in der anzuwendenden Erziehungsmethode, wobei die patriarchalische Methode der Prügel allerdings vor der Milde des moderneren Erziehers bevorzugt wird.

Würde man sich entschließen in den Parteiströmungen Ausdruck gesellschaftlicher Kräfte, Wirkung gesellschaftlicher Tatsachen zu sehen, würde man zugeben, daß dieselben Kräfte, die in der Gesellschaft selber um ihre Entwicklung kämpfen, innerhalb der Partei sich durchzusetzen suchen, und daß diese kämpfende Auseinandersetzung kein Krankheitszeichen, sondern im Gegenteil Bedingung der Weiterentwicklung, Voraussetzung des Lebens der Partei ist: man würde nicht in die Gefahr geraten mit organisatorischen Maßnahmen und moralischen Machtsprüchen eine notwendige Entwicklung zu unterbinden. Man würde auch nicht mit dem Genossen Breitscheid um Verzeihung bitten für ein historisches Geschehen, sondern aus ihm entnehmen, was daraus zu lernen ist.

¹⁾ Vater ich habe gesündigt.

Die unabhängige Sozialdemokratie spaltete sich während des Krieges von der Mehrheit der Partei, weil diese einen äußerlich gefälschte Disziplinbegriff überspannte, der Minderheit jede Möglichkeit nahm, ihre Überzeugung zu vertreten und so Gewissenskonflikte schuf, die unlösbar wurden.

Es ist keineswegs notwendig, Irrtümer der Kriegszeit zu wiederholen. Es ist durchaus möglich aus der Vergangenheit zu lernen. Kräfte, die eine Bewegung nicht zu erfassen und fruchtbar zu machen weiß, müssen sich anderswo Bahn suchen. Und wer ein Kanalbett zu eng angelegt hat, der wird den Strom nicht damit auffangen, daß er ihn schilt wegen seiner Unbotmäßigkeit. Es gibt in der Apostelgeschichte eine hübsche Erzählung von den disziplinaren Maßnahmen, welche der Rat von Jerusalem gegen die Apostel (des Disziplinbruchs gegen die Synagogengemeinde schuldig) beabsichtigte. Ein kluges Vorstandsmitglied warnte den Rat: «Ist die Sache von Gott, so werdet ihr nichts ausrichten». Wir drücken uns heute nicht mehr theologisch aus und würden sagen: «Ist die Bewegung Ausdruck gesellschaftlicher Kräfte, so hilft kein Disziplinarverfahren.»

Der Rat von Jerusalem hat damals nicht sich raten lassen. Die Entwicklung ging über ihn weg. Mir will es scheinen, als ob acht Tage nach dem Schluß des Parteitag sich die Frage der Disziplin schon sehr erheblich anders darstellte, als sie manchem Tagungsmitglied erschienen ist. Wir gehen einer Zeit entgegen, die ein Äußerstes verlangen wird an sozialistischer Überzeugungstreue, proletarischem Opferwillen und persönlichem Mut, und wir werden den Genossen, von denen wir das alles verlangen müssen, gewiß die Freiheit zubilligen müssen, die ein ehrlicher Mensch am höchsten schätzt, die Freiheit für ihre Überzeugung zu wirken und nach ihr zu handeln. Dann und nur dann können wir auch sicher sein, daß die Partei geschlossen in die kommenden Kämpfe gehen und gestärkt sie bestehen wird.

Disziplin ist eine Frage der Organisation, aber noch mehr ist sie eine Frage der Gesinnung, welche diese Organisation erfüllt und leitet. Es ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben einer proletarischen Partei, ihren Mitgliedern das Wirken nach ihrer Überzeugung möglich zu machen. Und Opposition aus sozialistischer Überzeugungstreue zeigt nicht persönliches Versagen an, sondern beweist die Notwendigkeit einer Richtungsänderung.

Jungsozialistische Schriftenreihe

Herausgegeben von der Reichleitung der Jungsozialisten mit Unterstützung von Max Adler-Wien, Engelbert Graf, Anna Siemsen

Preis des Dreibogenheftes, gut kartoniert, 0,85 RM., Doppelheft 1,60 RM.

Die Jungsozialistische Schriftenreihe behandelt in leichtverständlichen, dabei theoretisch gründlichen Darstellungen die großen bewegenden Fragen der Zeit im Geiste der marxistischen Anschauungen. Ihre Arbeit gilt der geistigen Forderung des kämpfenden Proletariats, seiner Vorbereitung für die große Aufgabe der sozialistischen Umgestaltung der Menschheit. Die besten Federn des internationalen Sozialismus haben sich in ihren Dienst gestellt.

50 000 Exemplare wurden in 4 Jahren verkauft

Bisher erschienen 18 Hefte, darunter 2 Doppelhefte

- Dr. Max Adler: Die Aufgaben der Jugend in unserer Zeit.
— Über psychologische und ethische «Läuterung» des Marxismus.
Dr. Alfred Braunthal: Die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft.
A. Calhoun und Horst Berenz: Die amerikanische Arbeiterbewegung im Lichte amerikanischer Kritik.
Bernhard Düwell: Rund um den Young-Plan.
Dr. Dora Fabian: Arbeiterschaft und Kolonialpolitik.
Dr. Ernst Fraenkel: Zur Soziologie der Klassenjustiz.
Gg. Engelbert Graf: England am Scheidewege.
Heinz Horning: Zur Soziologie der Bürgerfunktionäre.
Otto Janssen: Der Kampf um die Staatsmacht — Was lehrt uns Linz? (Doppelheft)
— Erziehung zum politischen Denken.
Dr. Otto Kirchheimer: Weimar und was dann?
Franz Lepinski: Die jungsozialistische Bewegung, ihre Geschichte und ihre Aufgaben.
Dr. Siegfried Marck: Reformismus und Radikalismus in der deutschen Sozialdemokratie.
Ernst Reinhard: Abrüstung... zum neuen Krieg.
Dr. Anna Siemsen: Politische Kunst und Kunstpolitik.
— Religion, Kirche und Sozialismus (1,10 Rmk.)
Dr. Klaus Zwellinger: Aufstieg und Niedergang der kapitalistischen Gesellschaft.

Weitere Schriften in Vorbereitung.

Jeder lese und verbreite diese Schriften

Zu beziehen durch jede Buchhandlung, wo nicht, direkt von
E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G.m.b.H., Berlin W 30

Unseren Hauptkatalog bitte kostenfrei anfordern

Schriftenreihe „Neue Menschen“

Herausgegeben von Universitätsprofessor Dr. Max Adler, Wien

Die Aufgabe dieser Schriftenreihe ist die Erörterung der vom Sozialismus geforderten geistigen Umstellung auf allen Gebieten des Lebens, in Partei und Gewerkschaft — Ökonomie und Politik — Wissenschaft und Kunst — Schule und Haus, zur Vorbereitung der von Marx geforderten «Revision des Bewußtseins». Die Durchdringung der Gesellschaftswissenschaften mit dem Arsenal des modernen soziologischen Erfahrungs- und Gedankenschatzes in den präzisen und zielbewußten Formulierungen streng marxistisch-sozialistischer Ideologie soll das Wahrzeichen und zugleich das methodologisch durchaus Neue unserer Schriftenreihe bilden.

★

Bisher erschienen:

- Prof. Dr. Max Adler: Neue Menschen. Gedanken über sozialistische Erziehung. 236 Seiten. Zweite, vermehrte Auflage. Kartonierte 2,80 RM., Leinen 4,— RM.
- Prof. Dr. Max Adler: Politische oder soziale Demokratie. 166 Seiten. Kartonierte 2,50 RM., Leinen 3,50 RM.
- Dr. Angelica Balabanoff: Erziehung der Massen zum Marxismus. 164 Seiten. Kartonierte 2,50 RM., Leinen 3,50 RM.
- Dr. Siegfried Bernfeld: Die Schulgemeinde und ihre Funktion im Klassenkampf. 148 Seiten. Kartonierte 2,50 RM., Leinen 3,50 RM.
- Dr. Otto Neurath: Lebensgestaltung und Klassenkampf. 152 Seiten. Kartonierte 2,50 RM., Leinen 3,50 RM.
- Dr. Anna Siemsen: Beruf und Erziehung. 224 Seiten. Kartonierte 3,50 RM., Leinen 4,50 RM.
- Dr. Richard Wagner: Der Klassenkampf um den Menschen. 198 Seiten. Kartonierte 3,— RM., Leinen 4,— RM.

Weitere Bände in Vorbereitung.

★

Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung oder direkt von
E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G.m.b.H., Berlin W 30
Fordern Sie kostenlos Kataloge und Werbematerial